

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Her ausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mfg. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mfg.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizelle 40 Mfg.

Nummer 44.

Berlin, den 3. November 1907.

8. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

II. Deutscher Arbeiterkongress. — III. Delegiertentag der christlichen Gewerkschaften Schlesiens. — Rundschau: Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes. Herr Bued und die christlichen Gewerkschaften. Steine auf den Einigungsweg. Schwärze des Sozialdemokratischen Verbrechens- und Verleumdungswahns. Religion ist Privatsache. Ein Eisenbahnerstreik. — **Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten:** München, Medlinghausen. Düren. Neustadt. Ruhrort. Kassel. Wipperfurth. Gummersbach. Rheinberg. — **Soziales. — Soziale Wahlen. — Baumfälle. — Literarisches. — Briefkasten. — Beschlüsse. — Abrechnungen. — Beschlüsse. — Kalender. — Sterbetafel. — Anzeigen.**

II. Deutscher Arbeiterkongress.

Vorüber sind die ersten Tage des Kongresses. Im Allgemeinen können sämtliche Veranstaltungen als gelungen bezeichnet werden. Schwere wiegt jedoch der moralische Erfolg. Als Antwort auf das an den Kaiser gefandene Telegramm ging folgende Antwort ein:

„Ich bitte den Vorstand, dem Zweiten Deutschen Arbeiterkongress für den Ausdruck treuer Anhänglichkeit und nationaler Gesinnung meinen wärmsten Dank auszusprechen. Ich freue mich, daß auf dem Kongress eine so ansehnliche Zahl patriotisch fühlender deutscher Arbeiter vertreten ist und wünsche den Verhandlungen des Kongresses einen guten Erfolg zum Segen der Arbeiterklasse wie des gesamten Vaterlandes.“

Wilhelm I. R.“

Eine eingehende kritische Würdigung des Ganzen behalten wir uns vor; für heute geben wir nur eine kurze Übersicht über die an beiden Tagen gepflogenen Verhandlungen.

Kollege Stegerwald gibt zunächst einen Ueberblick über die allgemeine sozialpolitische Lage. In großen Zügen entwirft er ein Bild der verhältnismäßig spät, dafür aber mit umso größerer Energie in Deutschland einsetzenden Entwicklung. Dem hierdurch geschaffenen und bedeutsamen Stand der Lohnarbeiter stand das Bürgerium verständnislos gegenüber. In dem freien Spiel der Kräfte sah man den vollkommensten Zustand wirtschaftlicher Tätigkeit, und wurde die Gesetzgebung bis tief in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts davon beeinflusst. Das bildete den günstigen Boden der Unzufriedenheit und der Agitation der Sozialdemokratie. Eine kraftvolle Sozialpolitik, die weder vom Dank oder Un dank abhängig gemacht werden darf, liegt nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern des gesamten Wirtschaftslebens unseres Vaterlandes. Insbesondere ist die Einordnung der Arbeiterklasse auf dem Boden der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rechtsgleichheit eine absolute Notwendigkeit. Und hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Stellung der Arbeiter ist Deutschland gegenüber den meisten modernen Kulturstaaten noch rückständig.

Die letzten Jahre waren äußerst arm an sozialpolitischen Leistungen, und ist von den Forderungen des Frankfurter Kongresses bisher keine verwirklicht worden. Im Gegenteil hat der preussische Landtag, mit der Behandlung der Berggesetz- und Knappschaftsnovelle, eine starke Erbitterung unter den Arbeitern hervorgerufen. Ausnahmebestimmungen wie der § 23 des Einkommensteuergesetzes und die Besteuerung der Konsumvereine haben Annahme gefunden. Die vorjährige Vorlage betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine war unbefriedigend; hoffentlich kommt man auch bei den angekündigten Vorlagen über ein Reichsvereinsgesetz und Arbeitskammern mehr entgegen. Der ominöse § 153 der Gewerbeordnung mit seiner eigenartigen Handhabung besteht immer noch. Wir unterstreichen daher die Forderungen des Frankfurter Kongresses neuerdings. Auch gegen einen Koalitionszwang, wie er in dem Chemigraben- und Buchdruckertarif begründet ist, wodurch christliche Arbeiter gezwungen werden, sich einer sozialdemokratischen Organisation anzuschließen, müssen wir uns wenden. Für die Angestellten des Staates verlangen wir uneingeschränktes Organisationsrecht.

Sozialpolitische Gesetzentwürfe liegen zurzeit dem Reichstag vor über das Hilfskassengesetz, Regelung der Zigarren-Hausindustrie, sowie die Novelle zum Unterstützungswohnsitz. Angekündigt wurden am 11. April d. J. vom ehemaligen Staatssekretär Grafen Posadowski: Regelung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, Kodifikation der Sozialversicherungsgesetzgebung, Nachtrüge der Frauen nach Maßgabe der Berner Konvention, Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe, zehnstündiger Arbeitstag der Frauen, Witwen- und Waisenversicherung. Da der Verschmelzung der drei großen Versicherungskassen große Schwierigkeiten und Bedenken im Wege stehen, wird man zweckmäßiger eine Vereinigung derselben fordern. Insbesondere eine größere Zentralisation der Krankenkassen, Mitwirkung der Arbeiter an der erstinstanzlichen Rentenfestsetzung bei der Unfallversicherung, sowie Abänderung der bürokratischen Organisation der In-

validenversicherung. Der zehnstündige Maximalarbeitstag ist nicht nur für Frauen, sondern auch für die männlichen Arbeiter einzuführen. Eine gründliche Aufbesserung der Gehälter der unteren Staatsbeamten ist dringend erforderlich, außerdem eine größere Sicherstellung der Privatbeamten. Im Speziellen müssen wir fordern: Die Schaffung einer modernen Geständordnung, entsprechend unserer heutigen Rechtsanschauung; für die hunderttausende in Deutschland tätigen Ausländer ein Fremdenrecht, das diese bei Streiks und Ausschreitungen vor behördlicher Willkür schützt; bei den sozialen Wahlen ist allgemein das Proportionalsystem in Anwendung zu bringen und für die Kontrolle der Betriebe des Handelsgewerbes Handelsinspektoren einzuführen.

Die energische Vertretung dieser Forderungen ist Aufgabe der auf dem Kongress vertretenen Korporationen. Zu diesem Zweck sollen sie auf ihre weitere Ausdehnung und ernsthafteste Betätigung in den ihnen zuzugewandten politischen Parteien bedacht sein. Die Lösung muß sein: Gegen Herrenmenschen tum von oben, gegen Klassenkampf von unten, für sozialen Fortschritt.

Die Diskussion förderte eine Menge von Beschwerden gegen Behörden, Unternehmer usw. zutage. Prinzipielle Einheit herrschte auf der ganzen Linie, mit Ausnahme des Vertreters der katholischen Fachabteilungen; er brachte eine Reihe von Bedenken vor und widersprach einem uneingeschränkten Koalitionsrecht. Die gelben Gewerkschaften erschienen ihm ungefährlich. Das erfuhr scharfen Widerspruch, wie überhaupt ein spontaner Antritt gegen die Gelben zutage trat, auch eine dementsprechende Resolution Annahme fand.

Einen Einblick in die zurzeit noch bestehende Sonntagsarbeit bot das treffliche Referat des Kollegen Döring-Hamburg vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Mit Recht bezeichnete er den freien Sonntag nicht nur als eine Frage der Gesetzgebung, sondern auch der Gesinnung. Es muß als Skandal bezeichnet werden, wenn in den deutschen Häfen an allen Sonn- und Feiertagen im Jahre, mit Ausnahme des ersten Weihnachtstages gearbeitet wird. In anderen Häfen wie London und Rotterdam, ist dagegen die völlige Sonntagsruhe eingeführt. Im Binnenschiffahrtsbetrieb ist keine gesetzliche Regelung der Sonntagsarbeit bis heute getroffen. Die Angestellten im Gast- und Schankwirtschaftsbetrieb entschuldigen sich völlig eines rechtlich gesicherten Anspruchs auf Sonntagsruhe. In anderen in Betracht kommenden Berufen ist seit Jahren auch nicht der geringste Fortschritt zu verzeichnen. Am Ueberretungen der zurzeit bestehenden Bestimmungen zu verhindern, sind die heutigen niedrigen Strafbemessungen durchaus nicht hinreichend. Es ist daher dringender zu wünschen, daß hier bald möglichst gesetzliche Änderungen getroffen werden. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat die Pflicht, unser Volk zu der Achtung vor dem Sonntag zu erziehen. Daher kämpfen wir um die Sonntagsruhe an den sämtlichen Sonntagen und den hohen christlichen Feiertagen des Jahres.

Ueber den Arbeiterschutz in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie referierte der alte Gewerkschaftskämpfer Wieber. In herben, von Sarkasmus getragenen Worten entrollt er ein Bild der düsteren Verhältnisse der in der schweren Industrie beschäftigten Arbeiter, welche er in folgende Resolution zusammenfaßt:

„In Erwägung, daß in der schweren und gesundheitschädlichen Industrie infolge des forcierten Produktionsprozesses, der harten, langen und schweren Arbeit, der damit verbundenen großen Hitze und giftigen Gase, die Unfälle und Krankheiten eine ungeheure Steigerung erfahren, desgleichen die Kraft der Arbeiter vor der Zeit aufgegeben, sanitäre und hygienische Einrichtungen vielfach mangelhaft sind oder gänzlich fehlen, die Koalitionsfreiheit sowie Freizügigkeit der Arbeiter immer mehr gefährdet wird;

In weiterer Erwägung, daß die schwere Industrie eine Entwicklung genommen, die bezüglich Produktionssteigerung, Prosperität sowie Erträge für die Reingewinne für angelegte Kapitalien alle anderen Erwerbszweige überflügelt, mithin dieselbe in der Lage ist, weitere materielle Aufwendungen zu Gunsten der beteiligten Arbeiter entgegen zu können; erkläre der zweite deutsche christlich-nationale Arbeiterkongress einen erweiterten Arbeiterschutz in genannter Industrie für unbedingt erforderlich. Insbesondere ist dringend geboten, eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Einführung der achtstündigen Schicht für Feuer-, Hütten- und Hochofenarbeiter, bessere sanitäre und hygienische Einrichtungen in den Betrieben, Vorbeugung von Unfällen durch schärfere Unfallverhütungsvorschriften und Kontrolle seitens der Fabrikinspektoren unter Hinzuziehung sachkundiger Arbeiter, Einschränkung der Sonntags- und Verbot der Frauenarbeit, Verschärfung des Mißbrauchs der Wohlfahrts-Einrichtungen und Spernmaßregeln zum Nachteil der Koalitionsfreiheit usw.

Der Kongress begrüßt daher das Vorgehen der arbeitervereinsfreundlichen Parteien im deutschen Reichstage zu Gunsten dieser Arbeiter und erwartet, daß die Reichsregierung dem einstimmigen Beschluß des Reichstags vom 16. April 1907 baldige Folge geben und Erhebungen über die Lage und die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergwerks- und Hüttenarbeiter vornehmen wird, insbesondere:

1. über die Einwirkung der Arbeit in diesen Anlagen, namentlich der Feuerarbeit auf Gesundheit und Leben der Arbeiter (Krankheits- und Unfallgefahr);

2. über die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, der bestehenden Wasch- und Badeeinrichtungen, Speiseräume und so weiter;
3. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der (monatlich, jährlich) verfahrenen Schichten, Umfang der Lieberarbeit, Zahl der daran beteiligten Arbeiter und der auf den einzelnen entfallenden Lieberstunden resp. Lieber-schichten;
4. über die Möglichkeit der Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht für schwere Feuerarbeiten;
5. über die Durchführung der Bestimmungen betreffs der Sonntagsruhe, mit dem Ziel der möglichen Einschränkungen der Sonntagsarbeit;
6. eine entsprechende Bundesratsverordnung auf Grund des § 120 und 139 a der Gewerbeordnung zu erlassen.

Der Kongress hegt das Vertrauen zum Deutschen Reichstage, daß derselbe allen Nachdruck auf die Durchführung dieser seiner Beschlüsse zu legen geneigt ist.

Des ferneren erhebt der Kongress gegen das sogenannte Sperrsystem, wodurch abgelegte Arbeiter monatelang auf anderen Werken keine Beschäftigung erhalten, wie es zurzeit schon teilweise besteht und weiter einzuführen versucht wird, entschieden Einspruch.

Durch dieses Sperrsystem werden die Arbeiter materiell aufs schwerste geschädigt, die Freizügigkeit wird in ungesicherter Weise unmöglich und die durch die Gewerbeordnung garantierte Freiheit des Arbeitsvertrages illusorisch gemacht.

Der Kongress verlangt von der Regierung und dem Parlament geeignete Maßnahmen, um einen großen Teil des deutschen Volkes vor schwerem Nachteil zu bewahren.

In der Erkenntnis, daß besserer gesetzlicher Arbeiterschutz, sowie der Schutz der Koalitionsfreiheit gegenüber ungerechten Maßnahmen von Werken nur zu erreichen ist durch eine starke gewerkschaftliche Organisation, werden die Hütten- und Bergwerksarbeiter aufgefordert, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung beizutreten.“

Hieran schloß sich ein ergänzendes Referat des Kollegen Effert über die derzeitige Lage der Bergarbeiter und die durch die Ablehnung des Knappschaftsstatuts entstandene Situation.

In der Diskussion wies Kollege Schmidt-Berlin besonders auf die mit schweren Gefahren für Leben und Gesundheit verbundenen Feuerungsarbeiten der Maurer in den Hochöfen usw., hin, und unterzog die Behandlung derselben durch die Ingenieure einer scharfen Kritik.

Als letzten Punkt der Tagesordnung behandelte Fr. Gras-M. Glabach die Arbeiterinnenfrage. Die Zahl der im gewerblichen Leben, vornehmlich in der Industrie, beschäftigten Frauen ist in ständigem Wachstum begriffen. Von 737 755 in 1895 ist die Zahl derselben auf 1 176 421 in 1905 gestiegen. Die Arbeiterinnenfrage bildet daher einen Hauptbestandteil der Arbeiterfrage überhaupt. Das bedenklichste dabei ist die große Zahl der verheirateten Frauen und Mütter. Die Ursachen der Frauenarbeit sind verschieden. Liegen sie zum Teil in der technischen Entwicklung, so steht auch mit im Vordergrund ihre Billigkeit und Willigkeit. Das eiserne „Muß“, die Not des Lebens erhöht das Angebot. Neben der Fabrik besteht die hausindustrielle Tätigkeit.

Die Gefahren der Frauenarbeit sind bekannt; ungünstig werden dieselben noch beeinflusst durch die lange Arbeitszeit und ungenügende Entlohnung. Von größter Tragweite sind die geistig-sittlichen Gefahren für die heranwachsende Jugend, und das Familienleben überhaupt. Ein Mädchen, das nur die Fabrik gekannt hat, wird nicht immer den Aufgaben der Hausfrau und Mutter gerecht werden können. Das liegt jedoch nicht in ihrer Schuld, sondern in dem Entwicklungsgang. Es muß daher durch Gesetzgebung, Charitas und Selbsthilfebestrebungen für die Besserstellung der Arbeiterinnen eingetreten werden. Pflicht der männlichen Arbeiterschaft ist es, hier mit Hand anzusetzen zu legen. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen innerhalb der weiblichen Erwerbstätigen müssen insbesondere gefördert werden; Hand in Hand mit diesen, muß sich die geistig-sittliche Erziehung in konfessionellen Arbeiterinnenvereinen vollziehen.

Eine anregende Diskussion, an der sich vornehmlich Frauen beteiligten, beschloß den sachlichen Teil des Kongresses. Nach der Annahme einer Reihe von Resolutionen und einem glänzenden Schlusswort seitens des Kollegen Stegerwald, wurde der Zweite Deutsche Arbeiterkongress mit dem von hoher Begeisterung getragenen Siede „Deutschland, Deutschland über alles“ geschlossen.

III. Delegiertentag der christlichen Gewerkschaften Schlesiens.

Unter großer Beteiligung aus allen Bezirken der Provinz tagte dieser am 13. Oktober in Oppeln. Vorausging eine vom Ortsratteil einberufene, von etwa 300 Personen besuchte Versammlung, in der Generalsekretär Stegerwald-Köln über „Die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften für den Arbeiterstand“ in erschöpfender Weise referierte, und die einen imposanten Verlauf nahm. Die anwesenden Gegner hatten trotz wiederholten Aufforderns nicht den Mut zu einer Entgegnung, und konnte der Leiter der Versammlung konstatieren, daß auch die Gegner mit den Ausführungen einverstanden waren. Es war je ein Vertreter der freien Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilung anwesend.

Nachmittags gegen 2 Uhr eröffnete im Hotel Schwarzer Adler... Gewerkschaftssekretär Boger-Breslau mit einleitenden Begrüßungsworten die eigentlichen Verhandlungen. Anwesend waren 35 Delegierte, als Vertreter des Gesamtverbandes Generalsekretär Stögerwald. Nach Bildung des Bureaus berichtete Boger-Breslau über den ersten Punkt der Tagesordnung: Gegenwärtiger Stand und weitere Aufgaben unserer Bewegung in Schlesien. Vorhanden sind 131 Ortsgruppen mit rund 7500 Mitgliedern. Die Tatsache, daß auf dem Delegiertentag 1905 nur 2300 Mitglieder vorhanden waren, muß ein Gefühl der Befriedigung erwecken. Bester Fuß ist nun in allen Teilen der Provinz gefaßt und wird lebhaft an der Festigung der errungenen Positionen gearbeitet. Kartelle, deren 1905 drei bestanden, sind nun elf vorhanden und weitere Erweiterungen folgen in Kürze. Ein größerer Teil der Kollegen ist nun auch fähig agitorisch tätig zu sein, nur muß die Sache zuvor überwunden werden. Aber nicht nur ziffermäßig ist es vorangegangen, auch in gewerkschaftlicher Betätigung ist unser Erfolg groß, so daß jeder Delegierte mit neuem Eifer für die Ausbreitung unserer Bewegung zu arbeiten verpflichtet ist. Es folgten noch Darlegungen der einzelnen Gebiete, in denen wir in dieser oder jener Weise noch vorwärts müßten.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Aufgaben der Zahlstellen-Vorstände und Vertrauensmänner in der inneren Verwaltung und Agitation“ erstattete Kollege Müller-Neustadt das Referat. Um Fortschritte zu erzielen, ist vor allem nötig, daß die Vorbenannten sich bemühen, die Geschäfte der Zahlstellen taftlos zu erledigen, dann werden überall Fortschritte zu verzeichnen sein, und kann auch der freigestellte Beamte zum Zweck der Errichtung neuer Zahlstellen mehr einsetzbar werden. Nach Skizzierung der Aufgaben des Vorsitzenden, Kassierers, Schriftführers usw. wird auch auf Anschaffung von Bibliotheken hingewiesen, damit intelligente, strebsame Mitglieder Gelegenheit zur Weiterbildung erhalten, und bei Unterrichtskursen das nötige Material zur Verfügung steht. Die Mittel hierzu aufzubringen, muß die Kollegenenschaft sich angelegen sein lassen, und dabei nicht knausern. An Orten, wo Kartelle sind, muß jede Zahlstelle sich anschließen und für die Gesamtbewegung zu wirken als ihre erste Pflicht betrachten. Vorstände und Vertrauensmänner müssen hier unter Mitgliedern aufklärend wirken, um zum Ziele zu gelangen.

In der folgenden regen Diskussion über die zwei Referate gab insbesondere Kollege Stögerwald Ratsschläge, wie in Schlesien trotz der schwierigen Situation, die vor Jahrzehnten dori, wo heute starke Organisationen anzutreffen sind, genau so waren, Erfolge in der Aufklärung der Arbeiterschaft erzielt werden können. Dringend nötig ist, daß die Vorstände jeden Monat eine Sitzung abhalten, das herausgegebene „Handbuch der christlichen Gewerkschaften“ gibt auf jede Situation Auskunft, und muß jeder Zahlstellenvorstand mit dem Inhalt sich vertraut machen.

Punkt drei der Tagesordnung: „Unsere Stellung zu den gegnerischen Organisationen“ behandelte Koll. Ehrhardt-Rattow in längerer Ausführung. Am besten ist es: überall unser Programm ausführlich und klar darzulegen; so kommen wir am besten vorwärts. Notwendig ist bei den „freien“, d. h. soziald. Gewerkschaften größte Vorsicht bei Führung von Lohnkämpfen zu üben, da jene jede Gelegenheit benutzen, um uns Schaden zuzufügen. Die „D. A.“, die meistens nur Feste feiern und Unterhaltungszielen dienen, können bei uns nicht in Betracht. Die kath. Fachabteilungen, welche gegründet sind zur Vernichtung der christlichen Gewerkschaften, sollen nicht unterschätzt, auf keinen Fall aber auch überschätzt werden, zumal sie in der letzten Zeit sich nur als Streikbrecherorganisationen entpuppt haben. Den kathol. Arbeitern überall ihre Sünden klar vor Augen führen, die Erfahrung hat uns schon gelehrt, und wird weiter den Beweis liefern, daß auch der schlesische Arbeiter sich auf die Dauer nicht beirren lassen läßt. Eine Wendung wird von uns allerdings eintreten müssen, da schon vielfach unsere Mitglieder aus den Vereinen „Süd Berlin“ ausgeschlossen wurden; ruhig hinnehmen brauchen wir dies nicht. Aus der Konferenz heraus wurde dann noch besonders die in Meisse erscheinende „Mitteldeutsche Arbeiterzeitung“ zum Abonnement für die katholischen Arbeiter empfohlen, selbige erscheint in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Da unsere Mitglieder aus den „Berliner“ Vereinen hinausgestoßen werden, soll auf diese Weise ihnen eine Rettung zur Festigung ihrer religiösen Überzeugung in die Hand gegeben werden. (Zu überlegen bleibt noch, ob nicht auch weitere kathol. Arbeitervereine in Schlesien ohne „Süd Berlin“ möglicherweise errichtet werden, um der Arroganz der Berliner entgegenzutreten. D. S.) Nach Erledigung einiger Anträge war die Tagesordnung erledigt, und wurde nach einem begeistertem Schlusswort des Kollegen Stögerwald, in dem er nochmals die künftige Agitationsarbeit jedem Delegierten ans Herz legte, mit einem dreifachen Hoch der Delegiertentag geschlossen.

Zweifellos hat die Zusammenkunft ihren Zweck, die einzelnen Delegierten mit neuer Begeisterung für unsere Bewegung zu erfüllen, und Anregungen für praktische Arbeit gemeinsam mit Vertretern aus den verschiedenen Bezirken zu erhalten, erfüllt. Wenn nun in dieser Weise jeder Delegierte sich das Schlusswort des Kollegen Stögerwald: Darum ihr 35, die ihr hier versammelt seid, geht begeistert hinaus und erfüllt eure Pflicht, in die Tat umzusetzen, dann wird auch diese Konferenz reiche Früchte tragen.

Rundschau.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes
für das Baugewerbe an der Unterweiser hielt nach der „Gesetzblätter-Provinzial-Zeitung“ am 18. Oktober eine Versammlung ab, zu der auch die Vertreter der einzelnen Gewerke geladen waren. Als Gastherrscher stand die Beratung über die Separation der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vom 1. Januar 1908 ab zur Verhandlung. Sämtliche Anwesende waren sich darin einig, daß für die Verbesserung der Wohnverhältnisse etwas getan werden soll, und zwar wird den demnach einzuberufenden Gruppenversammlungen aller Gewerke eine Lohnabhängigkeit von durchschnittlich 5 Pf. pro Stunde vorgeschlagen werden. Bezüglich der von der organisierten Arbeiterschaft immer wieder verlangten Verkürzung der Arbeitszeit wurde zum Ausdruck gebracht, daß nach wie vor an dem Prinzip der 10 stündigen Arbeitszeit festgehalten werden solle. Dagegen fand ein Vorschlag des Vorstandes, dem Beispiel der Architekten, Banken usw. zu folgen und die Betriebe am Sonnabend nachmittags von 1 Uhr ab ganz zu schließen, freundliche Aufnahme. Es wurde beschlossen, den zur Vorbereitung und Aufschreibung dieser Frage zuzuschickenden Versammlungen diesen Vorschlag zur Annahme zu empfehlen. — Der Kampf gilt also auch hier in erster Linie der Verkürzung der Arbeitszeit, und doch wird man dem Verlangen der Arbeiterschaft auf die Dauer nicht widerstehen können. Das haben die Baumströmmer der Unterweiser bei den Streikern erfahren müssen, und können sie darüber in nach sehr bewegliche Tagen an. Wer auch ihnen wird die Stunde schlagen.

Herr Bredt und die christlichen Gewerkschaften.
In dem Geschäftsbericht des Zentralverbandes deutscher Bauhandwerker gibt Herr Bredt, Generalsekretär genannter Verbandes, folgendes Urteil über die christlichen Gewerkschaften:

„Den christlichen Gewerkschaften dient ihr Christentum nur als Anhängsel, um dahinter um so leichter ihre der Sozialdemokratie ähnlichen Verneinungen zu fördern.“

Mit Herrn Bredt und darüber auseinanderzusetzen, lehnen wir ab. Wir sagen nur: Es muß schon ein moralisch ver-lumpfter Geist sein, der einem anderen, selbst wenn er ein Gegner ist, dergleichen unterschreibt. Wir denken, das genügt.

Steine auf den Einigungsweg.

Während die anarchosozialistischen Zimmerer und Maurer geneigt sind, mit den Zentralverbänden sozialdemokratischer Richtung in Einigungsverhandlungen einzutreten, will eine Reihe anderer Berufe den Einigungsrummel nicht mitmachen. Dazu gehören die Schlosser, Malierarbeiter, Tapezierer usw. In einer von der Freien Vereinigung der Tapezierer einberufenen Generalversammlung wurde einstimmig folgende Erklärung beschlossen: „Die heutige Generalversammlung der Freien Vereinigung der Tapezierer nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Machinationen einzelner Angestellter und Funktionäre der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ gehörenden Schiffbauer, Maurer- und Zimmererorganisationen. Sie ist der Meinung, daß die betr. Personen damit, daß sie geheim und öffentlich für den Anschluß an die Zentralverbände agitieren, gegen die Beschlüsse des 7. Kongresses verstoßen haben und sprechen ihnen deshalb jede Qualifikation ab, noch ferner als Vertrauenspersonen innerhalb der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften wirken zu können. Die Versammlung erwartet von den Mitgliedern der zur Freien Vereinigung gehörenden Berufe, daß sie unverzüglich Stellung nehmen gegen alle Personen, die für den Anschluß an die Zentralverbände plädieren, und soweit sie Vertrauensstellung bekleiden, sie dieser Posten zu entledigen.“

Freibeberg wird also nicht ganz verlassen werden. Übrigens sind wir der Meinung, daß, wenn auch einige Berufsgruppen der sozialistischen Richtung sich den Zentralverbänden anschließen, an deren Stelle neue treten werden. Die Ideen der Anarchosozialisten sind nicht mehr auszuwurzeln. Und zu diesen werden sich immer wieder die, welche mit irgend etwas in ihrer heutigen Organisation unzufrieden sind, gesellen.

Schwarze Listen

hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München über eine Anzahl sozialdem. Bauhilfsarbeiter herausgegeben, welche des Tarifbruchs für schuldig befunden worden waren. Letzteres wurde vor dem Einigungsamt konstatiert, und von der Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerorganisation anerkannt. Den tarifbrüchigen Arbeitern wurde aufgegeben, ihre alten Arbeitsstellen, da es sich um Wausperren handelte, wieder einzunehmen, andernfalls sie nach dem Beschluß einer früheren Sitzung von dem sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverband ausgeschlossen werden müßten. Sie nahmen die Arbeit jedoch nicht auf, und ausgeschlossen wurden sie ebenfalls nicht, vielmehr unterstützt. Daraufhin setzte sie der Arbeitgeberverband auf die schwarze Liste. Die roten Verbände beantragten daraufhin eine Sitzung des Einigungsamtes; der Sekretär des Arbeitgeberverbandes erschien, jedoch lehnte er ein Eintreten in die Verhandlungen ab; er bezeichnete vielmehr das Vorgehen der Kommission der Arbeiter selbst als tarifbrüchig, indem sie sich jener als schuldig befundenen Arbeiter, welche sich nicht dem früheren Übereinkommen unterworfen haben, angenommen hätten. Darüber schlägt nun die rote Presse ein lautes Damentum an, rebet von Bergewaltigung usw. Wir fragen nun: Ist das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes zu verurteilen? Wer auch nur einigermaßen gerecht sein will, kann das nicht bejahen. Denn so, wie es hier von soziald. Seite versucht wird, kann die Handhabung der Verträge nicht vor sich gehen. Ein Vertrag setzt Rechte und Pflichten beiderseitig fest; wenn die Arbeiter des Tarifbruchs für schuldig befunden werden, dann haben sie sich auch den Schiedsprüchen der Einigungsinstanzen zu fügen evtl. die Folgen zu tragen. Man kann es den Arbeitgebern keineswegs verdenken, wenn sie, die selbst den Vertrag einhalten, sich gegen dergleiche Widrigkeiten wehren. Diese Vorkommnisse sind keineswegs geeignet, den Tarifgedanken populär zu machen, und denselben zu vertiefen. Wir glauben an mancherlei Vorkommnissen und Neuerungen von soziald. Seite in letzter Zeit schließen zu müssen, daß dort eine Verleumdung und Vereitelung unseres gesamten Tarifwesens beabsichtigt ist. Bedeutet das etwa ein Entgegenkommen der Gewerkschaft an die Partei? Wenn wirklich dergleiche Absichten vorhanden sind und greifbare Gestalt annehmen sollten, kann das nur zum größten Nachteil der Arbeiter sein; allen solchen Bestrebungen würden wir auf das Entschiedenste entgegenzutreten. Wir wollen heute nicht weiter darauf eingehen, werden es uns aber angelegen sein lassen, ein scharfes Auge auf diese Bestrebungen zu halten.

Sozialdemokratische Verdrehungs- und Verleumdungsstucht.

In Nr. 288 der Königsberger sozialdemokratischen „Vollzeitung“ befindet sich der Bericht einer Gerichtsverhandlung aus Danzig, welcher die Kunde durch den sozialdemokratischen Blätterwald macht. Am 28. September hatten sich vor dem Schöffengericht in Danzig drei sozialdemokratisch organisierte Zimmerer, wegen Terrorismus gegen den christlich organisierten Zimmerer Todt, zu verantworten. Mangelnder Beweise halber wurden die drei freigesprochen. Da nun vor Gericht festgestellt wurde, daß der Bezirksleiter des christl. Bauhandwerkerverbandes, Todt, die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet hat, wird derselbe in dem Bericht als Demonstrant bezeichnet und des Terrorismus beschuldigt. Dabei fallen in bekannter sozialdemokratischer Manier die beschimpfenden Worte wie: Fegler, infamer Lügner, Gladbacher Kaliber, Verleumder, Verfertiger usw. Kollé Todt schreibt uns hierzu: Ich stelle zunächst fest, daß ich die Anzeige im Auftrage des Todt gemacht habe. Und nicht nur diese, nein, ich habe noch drei ähnliche Fälle der Staatsanwaltschaft übergeben. Der Grund dafür war, daß der Terrorismus der sozialdemokratischen Verbände in geradezu unerhörter Weise überhandnahm. Brotslosmachungen unserer Kollegen waren an der Tagesordnung. Als angestellter Beamter meines Verbandes aber habe ich die Interessen meiner Kollegen zu wahren.

Wir haben gegen dergleichen Fälle in Versammlungen und Zeitungen protestiert; aber alle unsere Warnungen blieben erfolglos. Nach der Erkenntnis, daß alle diese Vermahnungen umsonst seien, sahen wir uns genötigt, obwohl wir das selbst bedauern mußten, andere Wege einzuschlagen. Zum Beweis, wie weit die sozialdemokratischen Verbände der Bahn des Rechtes und der guten Sitze abgewichen waren, diene, daß einer derselben zu acht Tagen Gefängnis, ein anderer mit sechs Wochen, und ein dritter zu drei Monaten Gefängnis und acht Tagen Haft verurteilt wurden. Daß auch in diesem Falle Terrorismus vorlag, geht daraus hervor, daß der Angeklagte Todt am 10. November 1906 vor Gericht erklärte, er habe nur dem Todt gesagt, sie (Todt und Genossen) seien alle im freien Zimmererverband und arbeiteten mit keinem anderen organisierten zusammen. Es ist jedoch unter Sperrdruck in angezogenem Bericht hervorgehoben, der Baumströmmer Wiese habe unter allgemeiner Sentenzen vor Gericht festgestellt: Eine s Tages sei der christliche Gewerkschaftssekretär Todt zu ihm gekommen, habe die Entlassung der

freien Zimmerer gefordert und sich erhoben die Plätze mit „Christlichen“ zu besetzen. Obwohl der Vorsitzende und der Amtsanwalt sich bemüht hätten, dem Reugen Wiberstreich zwischen seiner jetzigen Aussage und seiner früher vor dem Untersuchungsrichter zu Protokoll gegebenen Bekundungen nachzuweisen hätte Wiese seine Bekundungen hochgehalten. Hierzu erkläre ich, daß ich den Herrn Wiese persönlich nicht kenne, ihn daher auch nicht gesprochen haben kann. Da Herr Wiese besagte Aussage gemacht, dann ist es Unwahrscheinlich, daß die Beschimpfungen meiner Person in dem Bericht, gehe ich nicht ein; ich weiß, daß unsere Sozialdemokraten ohne das nicht leben können. Und dieses Vergnügen will ich ihnen nicht rauben.

Religion in Privatsache.

Die Achtung vor der Überzeugung anderer seitens unserer Sozialisten ist unähnlich bekannt. Besonders die Religion und deren Gebräuche sind es, welche von ihnen mit kühnem Haß und allem ebsenlichen Spott verfolgt werden. Ein neuer Beleg dafür, wie weit die Verrohung bei ihnen vorgeschritten ist, lieferte ein Begräbnis in Mülhausen i. Elsaß. Mit dem verstorbenen Frau eines „freien“ Arbeiters gingen auch einige unserer Kollegen. Der Leichenzug begab sich auf den Friedhof und füllte die Totenkapelle bis auf den letzten Nagel. Als nun der protestantische Pfarrer die übliche Leichenrede hielt, führten sich eine Anzahl Genossen, indem sie lachten usw. derart föhrend auf, daß der Pfarrer die Augen zu schließen sich lächerlich vornehmen, aufforbern mußte, die Kapelle zu verlassen, denn hier sei Gottesdienst. Nun ging das Mandalieren erst recht los, und ein alter Genosse rief: „Schäbdrak, Gott verdammt, halt jetzt emol d Schnurze mit dir Bable.“ — Der Pfarrer sah sich genötigt, sofort Schluss zu machen. Warum wir es nicht weit gebracht? Ein Weh- und Schamgefühl ergreif die christlichen Glieder angeichts einer dergleichen Noheit. Da stehen fünf unmündige Kinder, welche den Tod der lieben Mutter schmerzhaft beweinen, daneben der Ausbruch eines solchen vom Haß eingegebenen Fanatismus. Nicht einmal mehr der Zwangsinger Tod weiß diesen Menschen Scharfacht einzuflößen, von der reinen Menschenspflicht ganz abgesehen. Früchte sozialdemokratischer Erziehung! Was wir in den letzten Tagen von sittlicher Verkehrtheit aus den höchsten Kreisen unseres Vaterlandes erfahren mußten, und diese Zeichen von Verrohung vor unten, lassen wirklich eine günstige Perspektive für Deutschlands Zukunft nicht zu.

Ein Eisenbahnerstreik

droht in England, der sehr ernste wirtschaftliche Folgen haben kann. Die organisierten Eisenbahnangestellten wollen unter allen Umständen die Anerkennung ihrer Organisation durch die Eisenbahndirektionen durchsetzen, letztere aber weigern sich dessen durchzusetzen und treffen schon ihre Vorbeugungsmaßnahmen für den Fall eines Ausstandes, der durch diese Maßnahmen, die unzureichend wirken, nur nähergerückt wird. Wenn man rein zahlenmäßig die Lage ins Auge faßt, so könnte es scheinen, daß die Organisierten, weil sie nur ein Fünftel aller Angestellten ausmachen, nicht in die Lage kämen, die Betriebe lahmzulegen, aber es sind doch gerade die im Betriebe notwendigsten Leute darunter, da auch der Fachverein der Lokomotivführer sich der Bewegung angeschlossen hat. Da nicht weniger als 16 Milliarden Privatkapital in den englischen Eisenbahnen steckt, kann man ermesnen, was allein schon mit Rücksicht darauf ein Streik für Verluste herbeiführen würde. Das Handelsamt mit dem Minister Lloyd George an der Spitze hat sich jetzt noch keine Schritte zur Eintragung getan und wehrt sich sogar gegen bezügliche Gerüchte. Staatsbahnen gibt es in England nicht, dieselben ruhen vielmehr in den Händen einer Anzahl Privatgesellschaften.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zug um fernhalten: Berlin, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Kruschwitz, Maurer, Weichenburg i. G., Aussperung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Landesbau (Maurer), Pagenan (Maurer), Ebersfeld (Kieslenleger), Sperre über die Firma Rummenheller, Barmen-Mittlerhäusern, Bodinn (Sperre über Wingenfeld), Essen a. d. Ruhr (Schultateure, Sperre über Zwischenmeister Helmerich und Heinemat und Mias), Crefeld, Aussperung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, Siedlungen und Murg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter).

Sperret ist das Baugeschäft Herrmann in Bischoffstein, Dühr. Ebersfeld-Barmen. Ueber den Zwischenmeister Jekhanowsky ist seitens der Kieslenleger die Sperre verhängt worden.

Bezirk Oberhausen.

Glabbed i. W. Ueber die Firma Gebr. Schlöder (Stuggeschäft) dahier ist die Sperre verhängt worden, weil dieselbe drei Kollegen, welche für den Verband eingetreten sind, entlassen hat und sich weigert, die Organisation anzuerkennen. Zureisende Kollegen werden gebeten, den Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Derselbe befindet sich im christl. Gewerkschaftshaus, Kirchplatz 1.

Bezirk Hannover.

Peine. Nachdem gemeinschaftliche Vorstandssitzungen stattgefunden, die sich mit dem kommenden Lohnzins beschäftigten, fand auch am Sonntag eine Mitgliederversammlung beider Organisationen statt, wozu auch die Leiter des Verbandes geladen waren. Es wurde beschlossen, den Arbeitgebern folgende Lohnforderung einzutreten: für Maurer steigt der Lohn vom 1. April 1908 ab auf 47 Pf., vom 1. 4. 09 auf 50 Pf. pro Stunde, (jetztiger Lohn 44 Pf. pro Stunde) für Junggefellern im ersten Stellenjahre 5 Pf. weniger. Für Wege über das Peiner Stadtgebiet soll pro Stunde 30 Pf. vergütet werden. Für Wasserarbeit, 10 Pf. pro Stunde, Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent, Feittage 100 Prozent Vergütung. Sonntags soll 1/2 Stunde, vor den drei Feittagen 1 Stunde früher Feierabend, jedoch ohne Lohnabzug gemacht werden. Sämtliche Arbeiten werden in Zeitlohn ausgeführt. Hoffentlich gelingt es den Peiner Kollegen, durch einmütiges Zusammengehen, für nächstes Jahr einen vorteilhaften Tarif abzuschließen. Eine Lohnkommission beider Verbände wurde mit den weiteren Schritten beauftragt. Die Bauarbeiter des freien Verbandes in Peine wollen ihre Forderung allein (!?) einreichen. Ferner sind die Orte Herford, Böttingen, Duderstadt (mit sieben Zahlstellen), Mandelsloh und Kirchvorbis (mit zehn Zahlstellen) in die Lohnbewegung getreten. Diejenigen Zahlstellen, welche zum nächsten Frühjahr Lohnforderungen stellen wollen, haben dies schon jetzt unverzüglich dem Bezirksleiter zu melden, damit die erforderliche Statistik zum Gebrauch der Zentrale aufgenommen werden kann.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

München. (Tarifbruch.) Nach einer zweimonatlichen Aussperung im Baugewerbe Münchens im Jahre 1905 wurde ein bis zum 31. März 1908 gültiger Tarifvertrag abgeschlossen.

dersele steht für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter Minimal- und Durchschnittslöhne vor. Dieses System wird aber bei dem in Baugewerbe viel häufiger in anderen Gewerben vorkommenden und kaum zu vermeidenden Arbeitslosigkeits durch die bei jedem Bauprojekt steigende oder fallende Zahl der zu beschäftigten Arbeiter stets zu Mißbilligungen und Differenzen führen. Über die Schwierigkeiten, welche infolge der dargelegten Wechselwirkungen im Baugewerbe durch die Minimal- und Durchschnittslöhne erzeugt werden, sind deshalb verhältnismäßig wenig Differenzen, die zu Arbeitseinstellungen und dergl. führen, vorgekommen. Erst in jüngster Zeit häuften sich Arbeitseinstellungen seitens der sozialdemokratischen Bauarbeiter. Dieselben entspringen verschiedenen Motiven. Drei unlängst erfolgte Arbeitseinstellungen gaben Anlaß, am 20. September 1907 in einer Sitzung des Einigungsamtes am Gewerbeamt München, die Frage aufzurollen, ob sowohl in letzteren angeführten, als überhaupt bei allen Arbeitseinstellungen Tarifbruch seitens der Arbeitererschaft vorliegt. Hierbei wurde vom Sekretär Bergmüller vom Arbeiterverband konstatiert, daß innerhalb 4 1/2 Monate 8 Arbeitseinstellungen und 21 Androhungen gemeldet worden seien. Bemerkenswert ist hierbei, daß derselbe in den Vordergrund stellte, die Arbeitseinstellungen seien vielfach deswegen erfolgt, weil den Forderungen der sozialdemokratischen Baubelegierten, Christlich- oder Nichtorganisierte zu entlassen, nicht stattgegeben wurde. Bedeutet schon ein derartiges Verhalten nach Abs. 9 des Tarifvertrages einen Verstoß gegen denselben, so muß es um so widerlicher erscheinen, wenn solche unzulässige, aber nach sozialdemokratischer Moral durchaus zeitgemäße Gelüste mit der Arbeitsniederlegung geknüpft werden. Und dies geschieht nicht von Einzelnen, sondern unter bewußter Führung der Baubelegierten. Dieselben haben laut dem Baubelegierten-Regulativ, herausgegeben vom Zweigverein München des soz. Maurerverbandes, dafür Sorge zu tragen, das von der Verwaltung Übertragene gewissenhaft auszuführen. Hieraus ist somit zu schließen, daß die verschiedenen Klagen gegen die Christlichen aus der Mänlerschmiede der Verwaltung, wo die sozialdemokratischen Sozialbeamten die Zügel leiten, stammen. Oder hat die Ansicht des Ingenieurs Kellermeier (Beamter des Arbeitgeberverbandes) Grund, welcher bei fraglicher Verhandlung äußerte, es habe den Anschein, als ob die Führer (gemeint sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten) ihre Leute nicht mehr in der Hand hätten. Es soll hier keineswegs der Meinung genaugt werden, als ob bei allen vorkommenden Differenzen die Arbeitgeber die Unschuldigen seien, aber in der Verhandlung mußte der Gauleiter Kammner vom soz. Zimmererverbande doch eingestehen, daß eine Anzahl Uebergriffe (!!) seitens der freiorganisierten vorgekommen seien.

Die soz. Sozialbeamten Schäfer (Maurer) und Englbrecht (Zimmerer) machten für die Arbeitsniederlegung ausschließlich die Polizei verantwortlich, welche die Leute schlecht behandelte. Die Bauarbeiter seien doch auch Menschen usw. Ganz richtig! Es sei aber hier an Schäfer und Englbrecht die Frage gestellt, nachdem sie dieselbe am Gewerbeamt umgangen: Wer ist denn dafür verantwortlich zu machen, wenn wegen Nichterlassung der Christlichorganisierten die Arbeit niedergelegt wird? Doch ausschließlich die soz. Erziehungsmethode. Fühlen die Herren Genossenführer nicht schon die Früchte, wozu sie den Samen gestreut haben? Dann weiter im Sinne Schäfer und Englbrechts: Sind etwa die Christlichorganisierten keine Menschen? Sind ihnen gegenüber Anmahnungen und Drohungen niedriger Art, welche von den Genossen am Bau täglich gegen sie ausgeübt werden, etwa erlaubt? Mögen sich die Herren Genossen doch einmal in die Mitte eines Christlichorganisierten hineinbenden, welcher infolge seiner Ueberzeugung oft wochenlang von Bau zu Bau gehetzt wird, wie es im heurigen Jahre im Münchener Baugewerbe, während Malen vorgekommen ist. Und dann, wenn er keinen Ausweg mehr findet, wenn ihm die materiellen Sorgen für ihn und die Seinigen zu erstickend drohen, dann ergibt er sich einem Feinde, d. h. er tritt zum sozialistischen Verband über; nicht aus Liebe, sondern im Gegenteile mit Schmerz. Um nicht in Verdacht zu kommen, die Polizei als die Unschuldigen hinzustellen, sei ausdrücklich betont, daß verschiedene Polizei sich gegenüber den Arbeitern Anmahnungen erlauben, die nichts weniger als human sind. Aber Leute, wie es ein großer Teil der soz. Bauarbeiter darstellt, welche solche Schandentwässer der Kultur — hoffentlich als abschreckendes Beispiel für kommende Geschlechter in Form von sozialdemokratischem Terrorismus errichten, haben keine Ursache, menschliche Gerechtigkeit und humane Behandlung zu verlangen. Mögen sich dieselben vor Augen halten, daß, wenn man Teufel austreiben will, selbst rein sein muß. Werden wohl die Herren Genossenführer angefaßt der Tatsache, daß sie Protokolle unterschrieben und einem Schiedsspruch zustimmten, der besagte, daß Tarifbruch von ihren Anvertrauten wegen Nichterlassung Christlichorganisierten begangen worden ist, in Zukunft dergleichen Vorkommnisse mit allen Mitteln hintanzuhalten versuchen? Es wäre an der Zeit, ihren Getreuen die einfachen menschlichen Regeln des Anstandes beizubringen. Wir wollen sehen. Der „Bauhilfsarbeiter“ Nr. 40 schreibt unter der Ueberschrift: „Ein Schiedsspruch des Einigungsamtes München“: Der dritte Fall betraf die Arbeitsniederlegung beim Baumeister Deigmeier, und es erging hier folgender Schiedsspruch: Die Organisation der Bauhilfsarbeiter ist verpöhtet, die ausgetretenen Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern, im Wiederfalls den Ausschluß aus der Organisation anzudrohen und sie eventuell aus der Organisation auszuschließen.“ Weshalb hat hier der Artikelschreiber unterschlagen, warum die Arbeitsniederlegung erfolgte? Dieselbe vollzog sich wegen Nichterlassung eines Christlichorganisierten? Gehalt das etwa aus Schamgefühl oder aus Ehrlosigkeit? U. A. u. g.

Reddinghausen. Am 5. Oktober tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Richter den Kassierenbericht vom dritten Quartal. Die Einnahme für die Verwaltungskassiererkasse betrug 1644,42 Mk., die der Kassiererkasse 146,28 Mk. Bestand der Kassiererkasse am Schlusse des Quartals 1149,44 Mk. Da die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigten, wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Hierauf gab Kollege Schröder den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug im Anfang des ersten Quartals 133, am Schlusse desselben 251; am Schlusse des zweiten Quartals 256; am Schlusse des dritten Quartals 211. Außerdem vierzehntägigen regelmäßigen Mitgliederversammlungen, in welchen im ganzen 11 Vorträge gehalten wurden, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher der Bezirksleiter Koch das Thema behandelte, „Die Situation im Baugewerbe und unsere Stellung dazu“. Leiber war der Besprechungsbesuch ein sehr trager, was im Interesse unserer Bewegung, und im Hinblick auf das Jahr 1908 schief zu beurteilen ist. Vielen Kollegen erscheint eben die systematische Kleinarbeit der Baugewerkschaft als überflüssig, die doch nur dann von fortschreitender Wirkung sein kann, wenn dieselbe einer ersten Verankerung der Baugewerkschaft unterzogen wird. Die regelmäßig abgehaltenen Versammlungen und Bezirksversammlungen erweckten dagegen eines Besseren Besuehes, und waren es gerade die Kassierer, welche den Vorstand, mit einigen Ausnahmen, einfrüher Tätigkeit unterstützen. Das Baubelegiertensystem wird wohl besser funktionieren können. Weisheitsflehler, die Kollegen für ungewandigt, die Sitzungen zu besuchen, um sich Austausch gegenseitiger praktischer Erfahrungen die Agi-

tationsmethode zu veratein, und in planmäßiger Weise zu agitieren. Wenn auch die schlechteste Konjunktur, welche gerade in unserer Zahlstelle vorherrschend war und noch ist, manchem Kollegen Anlaß gegeben hat, seine agitatorische Tätigkeit hinter allerhand Gründen zu verbergen, so muß auch während einer schlechten Konjunktur die Zusammengehörigkeit, getragen von dem Geiste echter Kollegialität, eine doppelt gesteigerte sein. Nach einer kleinen Diskussion wurde zur Vorstandswahl geschritten. Wiedergewählt wurde Woyz Richter als erster Kassierer, Bernh. Woyz als erster Schriftführer und die Revisoren Johann Bernhart und Kollege Georg Fischer. Neugewählt wurde Otto Henkel als erster Vorsitzender, Kol. Sommer, Bauhilfsarbeiter, als zweiter Vorsitzender, Friedrich Niemann als zweiter Kassierer und Kol. Meyer als zweiter Schriftführer. Unter „Verschiedenes“ wurde darauf hingewiesen, vor allem das Baubelegiertensystem besser zu betreiben, denn auch im Herbst ist es dringende Notwendigkeit, gegenwärtige Buchführung zu halten; durch falsche Sparsamkeit wird manchmal gefündigt. Auch glauben manche dadurch billiger wegzukommen, indem sie nach ihrer Abreise in die Heimat die dort niedrigeren Beiträge nachzahlen. Dieses ist unzulässig und statutenwidrig. Am 12. Oktober begann der vom Kartell aus geleitete Unterrichtskursus, der alle 14 Tage im Märkischen Hof stattfindet. Kollegen, wollen wir die gewerkschaftlichen Bestrebungen tiefer studieren und erkennen, dann hinein in die Unterrichtskurse, denn nur durch Schulung und Bildung können wir unsere Berufs- und Standesinteressen fördern, auch Andersgesinnten gegenüber manhaft vertreten. Mit dem Hinweis, mit neuem Mut das beginnende Geschäftsjahr zu vollziehen, wurde die Versammlung geschlossen, die von 88 Kollegen besucht war.

Am Sonntag, den 13. Oktober, fand im Lokale des Herrn Maurer eine Ausschussung der hiesigen Verwaltungsstelle statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Quartalsbericht der Verwaltungsstelle, 2. Bericht der Zahlstellendelegierten, 3. Quartalsbericht des Verwaltungsstellen-Kassierers, 4. Referat des Kollegen Lange-Köhr; 5. Erledigung von Anträgen; 6. Verschiedenes. Nachdem der Verwaltungs- und Zahlstellendelegierter erledigt war, erging Bezirksleiter Kol. Lange das Wort zum Thema: Innerer Ausbau und Erfolge der Organisation. In klaren, von Begeisterung getragenen Worten verbreitete er über die Wichtigkeit des Ausbaues, sowie über die Erfolge der christlichen Bauarbeiter im Kölner Bezirk. Besonders wies er auf das Baubelegierten- und Vertrauensmännersystem hin und betonte, daß es Pflicht eines jeden Kollegen sei, mitzuarbeiten, damit auf jeder Baustelle ein Baubelegierter gewählt und an jedem Ort ein Vertrauensmann vorhanden ist. Zu Punkt 5 ließ ein Antrag ein, eine Beschwerde an die städtische Verwaltung einzureichen gegen die städtische Bauverwaltung; von dieser wird den Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht gekaut, indem sie Arbeiter, welche in städtische Arbeit eingetreten, das Mitgliedsbuch aberkannt. Dadurch werden die Arbeiter direkt geschädigt, indem sie der bis dahin erlangten Rechte in der Organisation verlustig gehen. Von allen Seiten wurde das Vorgehen der Bauverwaltung scharf getadelt und einstimmig beschlossen, den Beschwerdebeweg zu beschreiten. Zur Punkt 6 appellierten verschiedene Kollegen, den Bauarbeiterschutz etwas mehr zu pflegen; ebenfalls wurde die Anlegung einer Bibliothek angeregt. Mit einem kurzen Schlusswort schloß der Vorsitzende die Sitzung. Kollegen, jetzt gilt es, die gegebenen Anregungen in die Tat umzusetzen. Die Gleichgültigkeit muß abgeschüttelt werden und jeder als Agitator seine Schuldbiligkeit tun. In dem Emanzipationskampfe des Arbeiterstandes muß Opferfreudigkeit, Standesbewußtsein und Solidarität Tugend eines jeden Gewerkschafters sein. Deshalb treu der Organisation, jeder auf seinem Posten, und die Früchte werden nicht ausbleiben.

Neustadt (Wpr.). Am 17. Oktober hielt die hiesige Zahlstelle der Maurer im Lokale des Herrn Schwierz ihre diesjährige Generalversammlung unter folgender Tagesordnung ab: 1. Vortragsberichts-Abrechnung vom dritten Quartal, 2. Bericht-erstattung des Vorstandes über die Tätigkeit im letzten Berichtsjahr, 3. Diskussion, 4. Neuwahl des Vorstandes, 5. Verschiedenes. Zum ersten Punkte setzte der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal vor, die folgendes ergab: Die Einnahme für die Hauptkasse betrug nach Abzug der geleisteten Streifenunterstützung und Rechtschutz 625,02 Mk., die für die Lokalasse 20,37 Mk. Neu aufgenommen wurden 16 Kollegen, zugereist 1, ausgeschrieben 4, sonst abgegangen 64, Gesamtbestand 224 gegen 275 am Schlusse des vorigen Quartals. Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Jahresbericht erstattet. Aus diesem ist besonders der in diesem Jahre für uns sehr vorteilhafte, ohne Kampf auf zwei Jahre abgeschlossene Tarifvertrag hervorzuheben. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. In den Vorstand wurden folgende Kollegen neu, resp. wiedergewählt: J. Vullstowski, Danzigerstr. 15, erster, F. Renapfel, zweiter Vorsitzender; J. Schimanski, Danzigerstr. 24, erster, L. Dön, zweiter Kassierer; L. Mrosovski, Danzigerstr. 26, erster, L. Mrosovski, zweiter Schriftführer, sowie L. Lehmann, J. Dön und J. Wegner als Revisoren. Unter Verschiedenes brachte Kollege Mrosovski einen Artikel des „Westf. Volksbl.“ zur Verlesung, der den Terrorismus bei freien Gewerkschaften beleuchtet und am Schlusse allen zuruft: Hinein in die christlichen Gewerkschaften! Darin muß sich jeder organisieren, bis auf den letzten Mann! Wichtigen doch auch die rückständigen Kollegen über diesen Mahnruf nachdenken. Besonders die Bauhilfsarbeiter müssen mehr Interesse für die Organisation an den Tag legen, und nicht bloß Mittläufer sein. Es ist durchaus zu bedauern, daß nicht nur viele Kollegen mit den Beiträgen rückständig sind, sondern auch die Versammlungen schlecht besucht werden.

Huhrort. (Quartalsbericht.) Die Verwaltungsstelle Hamborn-Wörz hielt am 13. Oktober ihre Generalversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Der Kassierer der Verwaltungsstelle, Kol. Schneider, gab die Abrechnung bekannt. Einige Punkte daraus wollen wir anführen. Der Kassenbestand der Lokalassen betrug 324,08 Mk. Es wurden 141 Eintrittsmarken verkauft und eine Einnahme von 6288,86 Mk. erzielt. Die Extrabeträge sind nicht in der Weise eingegangen, wie es erwartet wurde, sonst müßte die Einnahme bedeutend höher sein; dies muß daher noch nachgeholt werden. Die Einnahmen der Lokalassen mit dem Bestand vom vorigen Quartal betrug 1358,86 Mk. In Unterstützung für Kranke und Gemallegelte wurden 141,- Mark gezahlt. Die übrige Summe wurde an die Hauptkasse abgeführt. Der Mitgliederbestand am Schlusse des vorigen Quartals betrug 808. Rechnet man die Reuwaufgenommenen hinzu, so kann man sagen, daß es hier mit unserem Verband gut voran geht. Vergleicht man das dritte Quartal von 1906 mit dem angezogenen Quartal dieses Jahres, so ist ein Mehr von 4226,29 Mk. zu verzeichnen. Wenn man die Mitgliederbewegung in diesem Jahre etwas ins Auge faßt, so geht daraus hervor, daß sich unser Verband gut entwickelt hat, hoffen wir, daß es so anhält und der letzte Indifferente unserer Organisation zugeföhrt wird. Nach einer in diesem Quartal ausgenommenen Statistik sind noch viele Subskriptionen im Gebiete vorgefunden worden; besonders die ausländischen Kollegen müssen mehr unserer Organisation zugeföhrt werden, damit wir in der Zukunft auf sie rechnen können. Weiter wurde in der Generalversammlung beschlossen, die Lokalassen aufzulösen und nur eine Verwaltungsstelle zu führen. Ferner die beiden Bezirke Duisburg-Mülheim mit dem unfrüheren zu verschmelzen, was ebenfalls angenommen wurde. Einige Punkte wurden der Bezirkskonferenz zur Regelung überwiesen. Die Kartellbeiträge werden von jetzt ab von jedem Mitglied durch Marken geföhrt. Bezirksleiter Pfeffer hielt ein Referat über die Zentralisation in der Bewegung; welches lebhaften Beifall fand. Zum Schlusse der

Versammlung wurde von dem Delegierten das Versprechen abgegeben, weiter zu agitieren, damit sich der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands weiter entwidelt und Bahn bricht, dann wird auch am Niederrhein die Zukunft uns gehören.

Kassel, den 18. Okt. In unserer heutigen Generalversammlung wurden zunächst die Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung bekanntgegeben. In der darauf getätigten Vorstandswahl wurde als erster Vorsitzender Kollege Kortmann wiedergewählt; als zweiter Vorsitzender Kol. Ottmann, zu Kassierern die Kol. Schönebeck und Philipp Jünemann; zu Schriftführern Ignaz Knoll und Heinrich Weis, zu Revisoren Heinrich Conrad und Franz Fuch. Zum Bibliothekar wurde Kol. Pfenreuter bestimmt. In die Wohnkommission wurden Kortmann und Theodor Jünemann gewählt. Kollege Kortmann sprach der Versammlung für das geschenkte Vertrauen den Dank aus, und forderte den neugewählten Vorstand zu eifriger Tätigkeit auf; bescheiden alle Kollegen, damit der Fortschritt unseres Verbandes in Kassel auch für die Zukunft gewährleistet ist.

Wipperfurth. Auch hier hat der Gewerkschaftsverband unter den Kollegen sich Bahn gebrochen. Nach mehreren Versuchen hier am Orte eine Zahlstelle zu gründen, ist dies endlich gelungen. Obwohl die Unternehmer im Winter die Arbeit einstellen wollten, wenn die Kollegen sich organisieren würden, haben sich die Kollegen doch nicht abhalten lassen, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Man sieht aber, mit welchen Mitteln dem Arbeiter ein natürliches Recht abgetritten werden soll. Einmütig haben aber die Kollegen von Wipperfurth durch den Beitritt zum Verbande bewiesen, daß sie ihre Interessen selbst vertreten wollen, und nicht durch solche Drohungen sich einschüchtern lassen. Bewahren die Kollegen das Interesse an der Organisation und die Treue zum Verbande, dann wird man es nicht wagen, irgend welche Maßnahmen zu ergreifen, um ihnen das Recht der Koalitionsfreiheit freitrag zu machen. In Einigkeit weiterzuarbeiten, bis der letzte Bauarbeiter in Wipperfurth dem Zentralverbande christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands angehört, das muß unsere Losung sein. Der Vorsitzende der Zahlstelle, Wam Becker, wohnt Gausstraße 13, auch zugleich der Kassierer. Der erste Schriftführer, August Becker, wohnt Klosterstr. 11. Der Hauskassierer, Chr. Schernmuth, wohnt Wipperfurthstraße.

Sammersbad, den 20. Oktober. Als im Frühjahr dieses Jahres auch am hiesigen Orte eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet wurde, schlossen wir uns dem damals entwickelten Eifer und der Begeisterung unserer Kollegen, daß diese eine der lebhaftesten unseres Verbandes werden würde. Darin scheitern wir uns getäuscht zu haben, denn in der letzten Zeit ist eine geradezu auffallende Lauheit und Interesslosigkeit unter den Mitgliedern zu bemerken. Die Versammlungen werden schlecht besucht, den Zeitungsverbreitern geht man aus dem Wege, um nachher die bequeme Ausrede zu haben: Ich habe so und solange keine Zeitung mehr erhalten, wenn ich also rückständig mit den Beiträgen bin, seid ihr selbst schuld daran. Mit dieser Gleichgültigkeit muß unter allen Umständen aufgeräumt werden, und beschloß die letzte Monatsversammlung, eine erste Mahnung an die Säumigen ergehen zu lassen. Sollen wir uns in Zukunft wieder den Vorwurf machen lassen, wir wollten nur ernten, aber nicht säen? Am 1. April kommenden Jahres läuft auch unser Vertrag ab, und es ist unsere Pflicht, einen neuen und besseren schaffen zu helfen. Und dazu müssen die Vorkarbeiten bald in die Hand genommen werden. Die größte Freude würden unsere hiesigen Genossen empfinden, wenn unsere Zahlstelle einging. Wenn unsere Kollegen nicht besser am Damm sind, dann können die Genossen Recht behalten, daß mit der Fertigstellung des Lehrerseminars unsere Zahlstelle auch „fertig“ sei, d. h. sie dann wieder eingehen würde. Sollen sie Recht behalten? Wir sagen: nein! Tue deshalb jeder Kollege seine Pflicht, die er als Arbeiter zu erfüllen hat, und werde wieder jeder ein eifriges Mitglied.

Rheinberg. Am Sonntag, den 20. Oktober, hielt unsere Zahlstelle ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege D. Wollin, als Kassierer Kollege Philipp Kopp, als Schriftführer Kollege Joseph Koch, als Revisoren die Kollegen Maas und Wollin gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl mit Dank an und versprachen, treu und eifrig für die Ausbreitung unserer Organisation in Rheinberg und Umgegend mitzuarbeiten. Alsdann erstattete Kollege Koch Bericht von der dritten Generalversammlung, welche in Weidert stattfand. Anschließend sprach Kollege Schilling über die Zahlung der Extrabeträge und deren Verwendung. Besonders scharf muß es beurteilt werden, daß die Kollegen, welche dem Verband schon mehrere Jahre angehören, den Vorstand und Hauskassierern die Arbeit so schwer wie möglich zu machen suchen, ja durch ihre Untermiatarbeit auf den Baustellen sogar die jüngeren Kollegen aufzuheben versuchen gegen den Generalversammlungsbeschluß. Ein derartiges Vorgehen muß aufs strengste beurteilt werden. In ausführlicher Weise legte er den Kollegen auseinander, wie dieselben verwendet werden sollten. Eine Entrechnung könne der auf der Generalversammlung gefasste Beschluß nicht genannt werden. Angesichts der schwierigen Situation, der wir entgegengehen, muß jeder Kollege seinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber voll und ganz nachkommen. Wir dürfen uns an Opferwilligkeit von den Gegnern nicht übertreffen lassen, denn nur dann ist der Verband in der Lage, der an ihn gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Des weiteren ermahnte er die Kollegen, pünktlich und regelmäßig die Versammlungen zu besuchen, um den neu hinzutretenden Kollegen ein gutes Beispiel zu geben, sich in den Mitgliederversammlungen zu schulen und die jetzt noch ruhige Zeit durch kräftige Agitation auszunutzen, damit auch in Rheinberg in nicht allzu ferner Zeit einmal bessere Verhältnisse geschaffen werden. Bei der am 26. September in Rheinberg ausgenommenen Statistik wurden 65 Maurer und 50 Hilfsarbeiter angetroffen; davon sind christlich organisiert 28 Maurer, rot 15 Maurer, Hilfsarbeiter sind 22 christlich und sechs rot; indifferente sind 22 Maurer und 22 Hilfsarbeiter! Hier ist für unsere Kollegen noch ein ansehnliches Operationsfeld, hier heißt es: hinein in die Agitation, damit der letzte Maurer und Hilfsarbeiter für unsere Organisation gewonnen wird.

Soziales.

Ernüdung durch die Berufsarbeit.

Auf dem 14. Internationalen Kongress für Hygiene und Demographie, der dieser Tage in Berlin stattfand, machte in der 4. Sektion (Berufshygiene und Fürsorge für die arbeitenden Klassen), der Regierungsbaumeister Eisner-Berlin höchst bemerkenswerte Ausführungen über die Ernüdung durch Berufsarbeit. Er hat eine Umfrage bei den Industrielten verschiedener Berufsweige veranstaltet und bestätigt gefunden, daß von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen, der deutsche, normale, d. h. gesunde, auf die Arbeit und die Arbeitsstelle eingewöhnte Arbeiter in der heute normalen Arbeitszeit ohne erhebliche Ueberstunden, bei den heutigen Fabrikarbeitsbedingungen und unter den heutigen sozialpolitischen Verhältnissen berufsmäßiger Pflicht bis zu einer Ernüdung arbeitet, welche ihn dauernd schädigt.

Und Regierungs- und Geh. Medizinalrat Dr. Roth-Potsdam erklärte: Um einer chronischen Ueberernüdung vorzubeugen, müsse die Arbeitsintensität der Leistungsfähigkeit des Arbeiters an-

gepaßt sein. Je anstrengender die Arbeit und je weniger aus-
 reichend die Arbeitspausen sind, um die Ermüdungsstoffe fort-
 zuschaffen, um so früher tritt Ermüdung ein und um so
 länger muß die Arbeitsdauer bemessen werden. Betriebs-
 gefahren, hohe Temperaturen, gezwungene Körperhaltung, hohe
 Feuchtigkeit, heftige Erschütterungen, einseitige Span-
 nungsannahme einzelner Muskeln, unzureichende Ernährung und
 ungesunde Lebensführung beschleunigen den Eintritt der Er-
 müdung. Es muß in allen gewerblichen Betrieben auf aus-
 reichende Zufuhr frischer Luft gesehen werden. Durch Forde-
 rung aller auf eine rationelle Ernährung gerichteten Maß-
 nahmen, Fernhaltung von alkoholischen Getränken und sonstige
 geeignete Maßnahmen wird einer ungünstigen Einwirkung
 dieser Faktoren zu begegnen sein. Arbeiten, die an die
 Verantwortlichkeit und Aufmerksamkeit der beschäftigten Per-
 sönlichkeiten besondere Anforderungen stellen und die mit andauernder
 geistiger Anstrengung einhergehen, sind geeignet, den vor-
 zeitigen Eintritt der Ermüdung zu begünstigen. Dasselbe gilt
 unter Umständen von Eintönigkeit der Arbeit. Für die Ver-
 urteilung etwaiger Berufsschäden im allgemeinen und der
 Folgen körperlicher und geistiger Überanstrengung im be-
 sonderen sind außerdem von einer entsprechenden Morbiditäts-
 statistik der Krankenkassen, die außer Zugehörigkeit zum Berufe
 auch die Altersgrenze zu berücksichtigen hatte, wertvolle Auf-
 schlüsse zu erwarten.

Ein Privatdozent Dr. Liebes-Turin hielt es für höchst
 wünschenswert, daß alle Regierungen nach dem schon jetzt in
 Belgien, Holland, England und anderen Staaten vorhandenen
 Beispiel neben der gesetzlichen technischen Überwachung der
 Arbeit und Arbeitszeit eine planmäßige ärztliche Überwachung
 einführen.

Daß auch Arbeitgeber die Notwendigkeit einer Verkürzung
 der Arbeitszeit anerkennen müssen, um der Ermüdung der
 Arbeiter vorzubeugen, erhellt aus einem Schriftstück, das erst
 dieser Tage die Kunde durch die Presse (S. „Bourgeois“, Nr. 226,
 1907) machte. Da schreibt ein Unternehmer an einen seiner
 Kollegen:

„Antwortlich Ihres Gehreten bemerke ich, daß seit kurzem
 bei mir die neunstündige Arbeitszeit eingeführt ist. Ich habe
 dieses aus freien Stücken getan, da wir mit einer zehn-
 stündigen Arbeitszeit nicht mehr durchkommen. Es wird bei
 mir von 7-12 und von 1 1/2-6 Uhr gearbeitet. Vor- und
 nachmittags 1/2stündige Pause. Der Lohnsatz ist bei mir
 24-30 Mk. Alle Arbeiter sind bei vierzehntägiger Kündigung
 auf Stundenlohn, doch wird nur die tatsächlich geleistete
 Arbeitszeit bezahlt. Sonnabend gleich den anderen Tagen.
 Von einer englischen Arbeitszeit kann nicht die Rede sein,
 da die Leute bei dem mangelhaften Frühstück zu schnell
 schlapp werden.“

Soziale Wahlen.

Mülheim (Ruhr). Am 16., 17. und 18. Oktober wurden
 hier die Gewerbevereitswahlen getätigt. Von den vollberech-
 tigten 5840 wahlberechtigten Arbeitern übten nur 1739 ihr
 Wahlrecht aus, und zwar 882 in der Altstadt, 462 in Vrolich
 und 395 in Stryum. Bei der vorigen Wahl, die 1904 stattfand,
 wurden von 3200 eingetragenen Wählern nur 1400 Stimmen ab-
 gegeben. Immerhin ist die Beteiligung in diesem Jahr etwas
 besser gewesen. Durchschnittlich erzielten die Kandidaten der
 christlichen Gewerkschaften 865, die der freien Gewerkschaften 612,
 und die der Hirsch-Dunderschen 255 Stimmen. Die höchste Stim-
 menzahl, die auf einen christlichen Kandidaten fiel, betrug 883,
 im Jahre 1904 702, mithin eine Zunahme von 181 Stimmen.
 Die Hirsche haben am schlechtesten abgeführt; gegenüber der
 vorigen Wahl haben sie 69 Stimmen verloren. Es geht nun
 einmal den Kreisgang mit ihnen, überall zeigen sich die Spuren
 ihres Verfalls. Die Christlichen erzielten drei, die Freien zwei
 und die Hirsch-Dunderschen einen Kandidaten. Die Besetzung
 des Gewerbevereits bestand seither aus sechs Christlichen (in
 Zukunft sieben), aus drei Freien (auch weiterhin so) und aus
 zwei Hirschen (gegen früher drei). Immerhin ein Erfolg, mit
 dem wir einigermaßen zufrieden sein können. Wir wollen jedoch
 nicht auf diesen Erfolg ausruhen, sondern unsere Aufklärungs-
 und Agitationsarbeit noch schärfer wie bisher betreiben, damit
 der Erfolg 1909 ein besserer wird. Bei den früheren Wahlen
 war es üblich, daß bei Schluß der Wahlzeit die im Lokal
 anwesenden noch wählen konnten. Anders war es diesmal.
 Um acht Uhr wurde der Sitzungssaal abgeschlossen, während
 im Jahr und auf der Treppe noch mindestens 150-180 Mann
 standen. Alle Wähler, die um acht Uhr im Wahllokal waren
 und nicht wählen konnten, werden gebeten, ihre Wahlbeschein-
 gung im christlichen Gewerkschaftshaus Ritter-Froschmeyer ab-
 geben zu lassen. Es soll Protest eingelegt werden. Eine
 nicht ganz rühmliche Rolle bei der diesjährigen Wahlbewegung
 spielte der Lokalbeamte der roten Bauhilfsarbeiter, Kaufmann.
 Von dem christlichen Wahlvorsitzenden wurde ein streng sachliches
 Flugblatt in Druck gegeben, welches um eine bestimmte Stunde
 fertiggestellt und uns zugefandt werden sollte, um an die
 Wähler verteilt zu werden. Kurz vorher erscheint in der betr.
 Deutscher der Sekretär der roten Bauhilfsarbeiter, Kaufmann
 (Mülheim Ruhr, Goethestr. 15), gibt sich als christlicher Arbeiter
 aus und bemerkt, er habe Auftrag, die Flugblätter abzuholen.
 Der ahnungslose Drucker übermittelte demselben mehrere Tausend
 Flugblätter, und seitdem waren sie verstreut. Einen großen
 Teil fand man später im Scheunenraum (Weberstr.). Er leugnet
 zwar, wurde aber durch eine Gegenüberstellung mit dem Drucker
 erklart und überführt. Der Parteigewaltige Koes hat sich ja
 ebenfalls verplappert, indem er zugab, daß ihnen frühzeitig
 einige Exemplare unseres Flugblattes auf den Tisch geweht seien.
 Es war den Genossen möglich, auf unser Flugblatt zu antworten,
 ehe es unsere Wähler und der soziale Ausschuss in Händen hatten.
 Hiervon eine echte Handlungsweise der Genossen. Einen besseren
 Beweis, daß sie einen offenen Wahlkampf scheuen,
 konnten sie uns nicht bringen. Dieses Vorgehen hat den Stempel
 der Gemeinheit erreicht. Wahrscheinlich, für die Mülheimer Ge-
 nossen ist dies der höchste Grad - sozialdemokratischer -
 Bildung. Doch wir wollen aus dieser Kampfesweise für uns
 die nötige Lehre ziehen, und rufen jedem ehrlich denkenden Ar-
 beiter zu: Laßt euch von einer solchen Sclipschaft nicht
 verführen.“

Selbsttätigen. Bei den Wahlen der 72 Vertreter zur
 Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse siegten
 die Kandidaten der christlichen Arbeiter. Diefelben erhielten
 24 Stimmen, die sozialdemokratischen 135. Dieses ist die Quit-
 tung für die strappalose Kampfesweise der Genossen gegen die
 christlichen Gewerkschaftler-Selbsttätigen.

Landau. Einer sozialen Einsicht folgend, wurde seitens des
 Stadtrats ein Gewerbegericht für Landau errichtet, und die Ver-
 ständniswahl auf den Antrag des christlichen Ortsrats beschlossen.
 Landau zählt bekanntlich noch keine 2000 Einwohner. Bei der
 nunmehr zum erstmalig gefügigen Wahl erhielt die Liste der
 Sozialdemokraten 217, die des christlichen Ortsrats 129 und der
 Hirsch-Dunders 67 Stimmen. Auf die Christlichen entfielen zwei
 Bezirke und ein Ersatzmann. Die Sozialdemokraten kämpften
 hier genau so „anständig“ wie auch sonst. Als Unterneh-
 mungsbau etc. wurden wir bezeichnet, so auch von dem Redakteur
 der „Rheinischen Post“. Sie glauben auch schon, das Gewerbe-
 gericht ganz allein zu besetzen. Damit haben sie sich gründlich in die

Wesseln gesetzt. Für uns heißt es jetzt, desto emstlicher arbeiten,
 damit wir in Zukunft noch größere Fortschritte machen.

Baunfälle.

Berlin, 19. Okt. Auf dem Wrischgrundstück an der Ecke der
 Jäger- und Charlottenstraße ereignete sich eine schwere Kata-
 strophe, bei der sechs Arbeiter, davon einer tödlich, verletzt
 wurden. Das Gebäude ist bereits bis zur Höhe des zweiten Stock-
 werkes abgetragen. Heute nachmittag waren die Arbeiter damit
 beschäftigt, eine etwa acht Meter hohe freistehende Wand nieder-
 zureißen. Eine Reihe von Leuten kletterten auf die Mauer
 hinauf und versuchten mit Hilfe von Brecheisen Stöße zu lösen.
 Der Fall der Mauer wurde allmählich immer schwächer und
 plötzlich stürzte sie unter lauten Gepolter zusammen. Sieben
 Arbeiter, die oben auf beschäftigt gewesen waren, wurden mit in
 die Tiefe gerissen. Sie kamen jedoch glücklicherweise mit äußeren
 Hautabschürfungen und Quetschungen davon. Nur einer, der
 32 Jahre alte Arbeiter Otto Straßbach aus der Mulackstraße 80,
 wurde dabei furchtbar zugerichtet. Während die anderen Arbeiter
 bei dem Einsturz der Mauer zur Seite geschleudert wurden,
 fiel St. senkrecht in die Tiefe und wurde unter den Trümmer-
 massen vollständig begraben. Als man ihn befreit hatte, fand
 man, daß das Stemmisen, mit dem er gearbeitet hatte, ihm
 bei dem Absturz vollständig durch die Brust gestoßen worden
 war. Am Oberkörper war das Eisen eingedrungen und am
 Rücken sah es noch zwölf Zentimeter hervor. Vermutlich war
 der Unglückliche direkt in das Eisen hineingefallen. In hoff-
 nungslosem Zustand wurde St. in die Königl. Klinik eingeliefert.

Wojen. Am Neubau des Königl. Residenzschlosses ereignete
 sich am Donnerstag, den 24. Oktober ein bedauerlicher Un-
 fall. Durch Ausrutschen der Leiter stürzte unser Verbands-
 kollege Anton Wiczorek so unglücklich herunter, daß er erheb-
 liche Kopfverletzungen davontrug. Nachdem ein Notverband ange-
 gelegt war, wurde er in das Diakonissenhaus überführt.

Düren, den 21. Oktober. Am Neubau der Blindenanstalt
 ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Den Zimmerern, welche
 mit dem Ausschlag einer Plachwand beschäftigt waren, fiel
 diese nach außen hin um und riß das Gerüst mit drei Arbeitern
 in die Tiefe. Zwei kamen mit dem Schreck davon, einer
 mußte schwer verletzt zum Krankenhaus gebracht werden.

Literarisches.

„Die Bodenreform“, Grundsätzliches und Geschichtliches zur
 Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not, von U. Da-
 maschke. 4. Auflage. 352 Seiten. Preis geb. 3,30 Mk.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung „Bodenreform“, G. m.
 b. H., Berlin NW. 23.

Es gibt in unserer Vaterlande noch eine große Anzahl
 derer, die die Bodenreformbewegung noch nicht einmal dem
 Namen nach kennen. Andererseits herrschen vielfach unklare
 Vorstellungen darüber. Wie überaus wichtig aber gerade diese
 Bewegung für die Gesamtheit unseres Volkes ist, vermag man
 sofort zu erkennen, sobald man sich einmal mit ihr beschäftigt.
 Die Bodenreform ist das A und O aller sozialen Reformen,
 ohne sie werden alle anderen in ihren Wirkungen illusorisch
 gemacht. Es erscheint deshalb durchaus notwendig, daß der Ge-
 dankte der Bodenreform immer mehr in alle sozial gestimmten
 Bevölkerungsschichten einbringt. Dabei bietet das Buch „Da-
 maschkes“ des Vorliegenden vom „Bund deutscher Bodenreform-
 er“, die beste Handhabe. In klarer und allgemein verständlicher
 Sprache führt der Verfasser den Leser in die Lehren der
 Bodenreform ein. Das Buch zeichnet sich von sonstigen national-
 ökonomischen Schriften auch noch dadurch aus, daß es keine
 besonderen Studien voraussetzt und von jedermann mit vollem
 Verständnis gelesen werden kann. Wer das Buch gelesen hat,
 wird es nicht ohne innere Befriedigung wegzulegen können. Aus
 seinem Inhalt mögen noch einige Hauptkapitel genannt sein.
 Weber Kapitalismus und Kommunismus. — Die Bodenreform
 in den Städten. — Die Bodenreform und das Agrarproblem.
 — Die Bodenreform in Griechenland. — Die Bodenreform in
 Rom und ihre Lehren. — Henry George. — Die Hohenzollern
 und die Bodenreform. — Damalsches Schrift verdient die weit-
 este Verbreitung.

Briefkasten.

Nach Wiederbrück. Die Extrabeiträge werden zur Stärkung
 der Verbandskasse aus dem Grund erhoben, da im kommenden
 Frühjahr für ungefähr 200 000 im Baugewerbe beschäftigte Ar-
 beiter die im Laufe der letzten Jahre abgeschlossenen Tarifver-
 träge zu Ende gehen. Unentwegt haben die Arbeitgeberverbände
 dem Ziel zugestrebt, hunderttausende Arbeiter an einem Tage
 entlassen, d. h. auszusperrn zu können; daher ihr Bemühen,
 sämtliche Tarifverträge in ganz Deutschland, wenn eben möglich,
 an einem einzigen Tage zum Ablauf zu bringen. Dagegen
 würden an die Unternehmungsklassen der Arbeiterorganisationen
 derartige Ansprüche gestellt, denen sie, bei ihrem heutigen Stande,
 nur kurze Zeit entsprechen könnten. Hört aber die Unterstützung
 der Organisation auf, so ist die siegreiche Durchführung eines
 Kampfes für die Arbeiter zur Unmöglichkeit geworden, sie
 müssen wieder zur Arbeit zurückkehren. Einen derartigen Zu-
 stand herbeizuführen ist die Absicht der Unternehmer; sie werden
 uns dann die ungünstigsten Bedingungen, wie z. B. die Beseiti-
 gung des Mindestlohnes usw. vertraglich auf Jahre hinaus,
 aufzwingen. Da uns also eine bevorstehende Gefahr für das kom-
 mende Frühjahr droht, und wir dieser nur mit einer starken
 Verbandskasse begegnen können, hat die Generalversammlung
 ihr Interesse der Mitglieder zur wirksamen Vertretung ihrer
 Interessen die Erhebung des Extrabeitrages beschlossen. Ihr
 scheint übrigens auch nicht zu den besten Lesern der „Bau-
 gewerkschaft“ zu gehören, ihr müßtet sonst dieses doch längst
 wissen, da wir das schon des öfteren dorthin selbst ausführten.

Bekanntmachungen.

Aufforderung.
 Der Kollege Franz Czoch, Buch-Nr. 116 980, wird hierdurch
 aufgefodert, umgehend seinen Verpflichtungen als Hauskassierer
 der Zahlstelle Berlin gegenüber nachzukommen. Kollegen, die den
 Aufenthalt des F. Czoch kennen, werden ersucht, davon dem Kassierer
 der Zahlstelle Berlin i. B., Josef Sauerbier, Kamp-
 straße 12, Mitteilung zu machen.

Als verloren werden gemeldet
 die Buch-Nr. 127 838 lautend auf Andreas Vormann und 129 890
 lautend auf Ferdinand Schulz von der Zahlstelle Brauns-
 berg, Ostpr.

Bezirk Paderborn.
 Mit Genehmigung des Hauptvorstandes berufe ich nach
 § 8 Absatz d, des Statuts, eine
Bezirks-Konferenz
 für den Bezirk Paderborn ein. Diefelbe findet statt am 17. No-
 vember, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Ruess, Dom-
 straße Paderborn.

Tagesordnung:
 1. Bericht des Bezirksleiters.
 2. Bericht der Delegierten.
 3. Vortrag des Kollegen Wiebeberg über Zentralisation u.
 Agitation.
 4. Verschiedenes.
 Die Verwaltungskosten werden ersucht, einen Delegierten
 zu ernennen. Die entstehenden Kosten haben die Verwaltung
 stellen zu tragen. Anträge sind bis zum 14. November ein-
 zureichen.
 Friedrich Werner, Bezirksleiter, Brüderstraße 17.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in Jänenbeck.

Einnahmen:		M
Aus der Zentralkasse		850
„ der Lokalkasse der Zahlstelle		11
	Summa	861
Ausgaben:		M
An Streikunterstützungen		821
„ Reiseunterstützung an abgereifte Streikende		11
„ Für Fortschaffung Zugereister		4
„ Porto und Schreibmaterial		1
An die Hauptkasse zurück		28
	Summa	861

Die Richtigkeit beglaubigt:
 Friedrich Werner.

Abrechnung vom Streik der Maurer und Hilfsarbeiter in Sechlinow.

Einnahmen:		M
Aus der Zentralkasse		640
	Summa	640
Ausgaben:		M
An Streikunterstützungen		642
„ Reiseunterstützung an abgereifte Streikende		8
„ Für Fortschaffung Zugereister		50
„ Fernhaltung des Zuges		44
	Summa	644

Die Richtigkeit beglaubigen:
 Franz Dag - Köln. Josef Weder - Köln.

Abrechnung vom Streik der Zimmerer in W. Gladbach.

Einnahmen:		M
Aus der Zentralkasse		1200
An Zuschlagsbeitrag		89
	Summa	1289
Ausgaben:		M
An Streikunterstützungen		1126
„ Reiseunterstützung an abgereifte Streikende		50
„ Fortschaffung Zugereister		3
„ Porto und Schreibmaterial		12
An die Hauptkasse zurück		47
	Summa	1239

Die Richtigkeit beglaubigen:
 Die Revisoren:
 Karl Stang, Wilh. Matbaum.
 Die Streikleitung:
 Karl Mägges, Anton Hies.

Abrechnung vom Streik der Steinarbeiter in Wunsiedel.

Einnahmen:		M
Aus der Zentralkasse		470
	Summa	470
Ausgaben:		M
An Streikunterstützungen		402
„ Für Porto und Schreibmaterial		4
An die Hauptkasse zurück		8
	Summa	470

Die Richtigkeit beglaubigen:
 Die Revisoren:
 Georg Koserl, Alois Koenig, Alex Reidl.
 Die Streikleitung:
 Georg Schraml.

Verfammlungskalender.

Hochhaide, Samstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr
 außerordentliche Mitgliederversammlung bei Friederich.

Tierbetafel.
 Am 9. Oktober starb unser Mitglied F. Rückmüller
 im Alter von 86 Jahren an Luftröhrentarakt und Ger-
 schwäche. Zahlstelle Heiligenstadt.
 Am 16. Oktober starb unser Mitglied Andreas Zander
 im Alter von 67 Jahren infolge eines Schlaganfalls.
 Zahlstelle Braunsberg, Ostpr.
 Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen-Teil.

Achtung! Heiligenstadt.
 Sonntag, den 3. November, vormittags 11 Uhr, außer-
 ordentliche Mitgliederversammlung im Verbandslokale.
 Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Aufstellung eines
 neuen Lohn tariffs. (1,90)
 Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Vorstand.

Achtung! Oberfeld (Maurer und Bauhilfsarbeiter).
 Samstag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, General-
 versammlung. (2,70)
 Tagesordnung: 1. Kassen- und Jahresbericht. 2. Er-
 lebigung der Anträge. 3. Vorstandswahl.
 Bezirksleiter Lange wird antwefend sein.
 Um vollständiges Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik
 Ramberg (Wfalz).
 Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Sorten
Bürstenwaren
 für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach
 eingehenden Mustern prompt und billig.
 Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.